

# Wieso betreiben wir weiterhin Parteipolitik und keine konsensorientierte Themen-Politik?

→ Kommentar von Leo Knecht

- Von wo meine Unzufriedenheit mit der Politik kommt.
- Wieso ich die aktuelle Parteipolitik problematisch finde.
- Wie eine "Konsenspolitik" für mich aussehen könnte.

Angesichts der aktuellen Lage in unserer politischen Welt breitet sich unter jungen Menschen zunehmend ein schlechtes Gefühl aus – so auch bei mir. Ob überlastetes AHV-System, extremer Fachkräftemangel oder die hemmungslose Zerstörung unseres Klimas: Die Politik scheint sich nicht allzu sehr darum zu kümmern, solange der Fortbestand ihrer Karriere und ihrer Partei gesichert ist. Immer öfter hängt die Meinung zu einer bestimmten, faktenbasierten Sachlage davon ab, mit welcher Partei man übereinstimmt. Gleichzeitig schleicht sich die Wirtschaft in alle politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen ein, um auch in Zukunft rücksichtslos Profite aus den Missständen der Menschen zu erwirtschaften. Zusammengefasst sieht die Zukunft für die jungen Generationen nicht gerade rosig aus.

Wenn man beginnt, gesellschaftliche Probleme bis zu ihrem Ursprung zurückzuverfolgen, gelangt man bei so gut wie jedem Problem zu dem gleichen Schluss: Die Politik stellt trotz ihres demokratischen Auftrags die kurz- und mittelfristigen Profite der Wirtschaft über das langfristige Wohlbefinden der Gesellschaft. *"Aber es muss doch klar sein, dass all das nur von der einen oder der anderen Partei kommt, und wenn es uns gelingt, diese andere Partei an die Spitze zu bringen, ändert sich alles. Erst dann rücken endlich die wichtigen Debatten in den Vordergrund."* Meiner Meinung nach ist dieser Gedanke nicht zu Ende gedacht, denn wenn eine demokratisch gewählte Politik sich nicht um das Gemeinwohl kümmert, und sich stattdessen in erfundenen Debatten und Parteiwerbung verliert, gingen die demokratischen Grundwerte bereits verloren. Ein Blick nach Deutschland genügt. Nach anderthalb Jahren sozialer und grüner Regierung bleiben die versprochenen Kernthemen wie Digitalisierung und die Sanierung des maroden Bildungssystems beinahe unberührt (beides Themen, die für den Fortbestand einer gesunden demokratischen Gesellschaft wichtig sind). Aus meiner Sicht sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir den Parteien und der Regierung gegenüber nicht mehr widerstandslos dankbar sein müssen. Im Gegenteil, wir dürfen und müssen jeder Entscheidung kritisch gegenüberstehen und uns fragen, ob die gestellten Fragen in die Richtung gehen, in die wir wollen.

*"Aber das wird nie der Fall sein. Ich kann und will nicht mit Personen reden, für die Herkunft und Religion als Grund für Diskriminierung reichen."* Verständlich, doch auch hier gilt es zu fragen, ob die Problemstellungen parteiübergreifend nicht dieselben sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist die von "rechts" stammende Angst davor, den Job an Ausländer\*innen zu verlieren. Im Grundsatz ist das doch die gleiche Problematik wie die von "links" stammende

Angst davor, dass die Wirtschaft künstlich die Löhne nach unten drückt und massenhaft Arbeitsstellen streicht. Beide haben Angst davor ihren Job zu verlieren und während sich der mediale Fokus auf die "Migranten Kreise" und die KI-Automatisierung ganzer Branchen richtet, macht die Wirtschaft einfach ungestört, was sie will. Denn betrachtet man das Ganze aus der Sicht einer einfachen Arbeitskraft, sind trotz Fachkräftemangel die Löhne (in Kaufkraft verglichen mit vor 50 Jahren) extrem niedrig (eigene Wohnung oder der Kauf eines Hauses sind unmöglich), während die Wirtschaftsspitze und die von ihr durch Lobbyarbeit bezahlten Politiker massenhaft Boni und Profite einstreichen. Ganz allgemein werden auch keine Massnahmen ergriffen, um die zunehmende Polarisierung zu stoppen und die Diskussion auf eine bewiesene Faktenlage zurückzuführen. Im Gegenteil, statt politischer Bildung und Aufklärung über die Gefahren der kapitalistischen Ideologie zu fördern, werden Fächer wie Geschichte und Philosophie immer weniger Wichtigkeit zugesprochen und der Fokus wird weiter auf die Wirtschaftstauglichkeit der Lernenden gelegt.

Für mich steht fest, dass viele der Debatten, die aktuell über Klimawandel und soziale Ungerechtigkeiten geführt werden, sich im Kreis drehen, da wir sie mit den aktuellen Werkzeugen der Politik nicht lösen können. Bevor das Gemeinwohl der Bevölkerung und die Demokratie nicht grundsätzlich ein zentrales Interesse der demokratisch gewählten Politik ist, bleibt es uns verwehrt, in diesen immens wichtigen Themen konkrete, zukunftsorientierte Lösungen zu finden.